



DIENSTAG, 1. OKTOBER 2019 | REGIONALAUFGABE DER KIELER NACHRICHTEN



Lieber einmal zu früh warnen

Wir Schleswig-Holsteiner sind eine steife Brise gewohnt. Es ist Herbst. Wenn um diese Jahreszeit Sturmböen pfeifen, entlockt uns das nur ein müdes Lächeln. Dass über die Medien Unwetterwarnungen herausgegeben werden, begleitet so mancher mit Kopfschütteln: „Haben die denn nichts Besseres zu tun?“ Wenn ein Sturmtief wie gestern „Mortimer“ den Kreis Plön nur leicht streift, kommt unweigerlich: „Sind doch Laumänner, diese Meteorologen. Das bisschen Wind und Regen, ist doch gar nichts

ANZEIGE

CB Meine PARFÜMERIE

20%

28.09. - 05.10.2019

*Ausgenommen sind Dienstleistungen, reduzierte Artikel und ausgewählte Marken.

Dänische Straße 3
Holtener Straße 25

passiert!“ Es hätte aber. Wenn die Naturgewalten loslegen, sind es häufig nur wenige Kilometer zwischen verheerenden Schäden und „nichts passiert“. Wir an der Ostseeküste haben, wie häufig in der Vergangenheit, einfach Glück gehabt. Daumen drücken, dass das so bleibt. Und lieber einmal mehr frühzeitig warnen, als erst dann Alarm auslösen, wenn umgestürzte Bäume auf Straßen und Dächern liegen oder Keller überflutet sind. bru

KURZNOTIZ

Sturm knickt Bäume um

MOLFSEE. Heftige Sturmböen bescherten mehreren Feuerwehren des Amtes am Montag zwei Einsätze. An der Kreisstraße 32 zwischen Rumohr und Rodenbek war ein Baum umgeknickt und blockierte die Straße. Parallel war eine alte Kastanie auf der Mowenstraße in Molfsee dem Wind zum Opfer gefallen und stoppte den Verkehr. Verletzt wurde dabei niemand.



In die Klärtechanlage in Sören, hier entnimmt Leah Endling vom Abwasserzweckverband eine Probe, wird eine Anlage eingebaut, in der das Phosphat herausgefiltert wird. FOTO: FRANK SCHEER

Sören beschließt Phosphatbremse

Knappe Mehrheit für Investition in die Verbesserung des Bordesholmer Sees

VON FRANK SCHEER

SÖREN. Für 57000 Euro lässt die Gemeinde Sören eine Phosphatbremse in die eigene Kläranlage einbauen. Dadurch sollen weniger Nährstoffe in den blühenden See in Bordesholm fließen. Es gab nur eine 4:3-Mehrheit: Weil der Abwasserpreis steigt und man ernste Sanierungsbemühungen in Bordesholm nicht sieht.

2019 war im Bordesholmer See eine extreme Algenblüte zu beobachten, die zu vielen Badeverboten geführt hatte. Das Gewässer gilt als sehr nährstoffreich. In den letzten Jahren wurden dafür vor allem die Zuflüsse, die die ausgeschwemmten Stoffe von den landwirtschaftlichen Flächen aufnehmen, verantwortlich gemacht. Der Kalbach ist der Hauptzufluss, auch Sören leitet seine geklärten Abwässer ein. Für die Verschlechterung in den letzten Monaten wird ein weiterer Umstand angenommen: Nährstoffe, die über Jahrzehnte in den See geflossen waren, lösen sich wieder vom Seegrund ab.



Seit Jahren redet Bordesholm viel, kommt aber nicht in die Puschen – das enttäuscht die Leute.

Manfred Christiansen, Bürgermeister Sören

In Bordesholm wird es am 24. Oktober im Rathaus ab 18.30 Uhr eine Sondersitzung zum See geben.

Für die kleine Gemeinde Sören mit 200 Einwohnern sind die 57000 Euro für die Phosphatfällung eine Menge Geld.

Das Volumen des Verwaltungsetats beträgt 260000 Euro. „Wir fühlen uns aber für den Zustand mit verantwortlich“, so Bürgermeister Manfred Christiansen. Das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Flintbek habe diese Maßnahme befürwortet.

Gesetzlich verpflichtet ist Sören nicht, denn die Werte liegen deutlich unter den geforderten Zahlen. Die Einsparung von 100 bis 120 Kilo pro Jahr beim Phosphat würde eine Halbierung des Sörener Eintrags bedeuten. Laut Christiansen müsste der gesamte Eintrag in den See von allen Anrainergemeinden um 750 Kilo reduziert werden, damit ein „ökologisches Gleichgewicht“ hergestellt sei. Allerdings wird der Abwasserpreis im Dorf wegen der Maßnahme von 1,16 Euro je Kubikmeter auf 1,50 bis 1,70 Euro anziehen.

Für Gemeindevertreter Jörg Kukla handelt es sich um ein Imageprojekt. „Wo ist der Vorteil. Was bringt dem See die Halbierung?“, fragte er. Aus seiner Sicht werden die Sörener Bemühungen überhaupt nicht

sichtbar werden. Er kritisierte vor allem auch den Preis von 37700 Euro der Versorgungsunternehmen Bordesholm, der nur für den Stromanschluss der Phosphatfällung fällig wird. „Diesen Preis versteht im Dorf niemand“, so Kukla.

Der stellvertretende Bürgermeister Lars Geffert hofft auf eine Signalwirkung, die vom Beschluss in Sören ausgeht. Gemeindechef Christiansen kann die Kritik nachvollziehen, stimmte aber dafür. „Seit Jahren redet Bordesholm viel, kommt aber nicht in die Puschen – das enttäuscht die Leute.“ Er werde zukünftig weiter dort auf ein konkretes Programm drängen, das der Zentralort aus seiner Sicht mit dem Seeigentümer, dem Land, umsetzen muss. „Wir tun mehr als unsere Pflicht. Nun sind auch die anderen gefordert.“

Aus Sicht von Christiansen gehörten Weiden nicht in den Uferandstreifen. „Früher war die gesamte Insel im See von Schilf umrandet. Da ist nun nichts mehr.“ Zudem plädiert der Sörener Bürgermeister für

eine Ringleitung um den See. „Das wird in Bayern bei vielen Gewässern gemacht, um auch wirklich alle Einleiter zu erfassen.“ Die Gemeinde war in der Vergangenheit bereits auf private Einleitungsstellen hingewiesen worden.

KOMMENTAR
FRANK SCHEER
BORDESHOLM



Ohne Zwang

Hut ab vor dem 200 Köpfe zählenden Sören. Die kleine Gemeinde investiert viel Geld in die Phosphatbremse, obwohl sie gesetzlich nicht gezwungen ist. Zudem müssen die Bürger dafür höhere Abwassergebühren bezahlen. Das sind starke Symbole, auch wenn es nur eine knappe Mehrheit gab. Der Beschluss sollte in Bordesholm und beim Land endlich zum Umdenken und zu einem konzentrierten Handeln anstoßen. Sicher, es ist in der Vergangenheit viel über die schwierige und teure Rettung des Sees geredet worden. Vieles plätscherte im Anschluss aber auch einfach so dahin. Alles muss auf den Prüfstand: Ringleitung, Retentionsflächen, Uferandstreifenprogramme. Nach privaten Einleitern sollte zudem geforscht werden. Denn: Die freiwillige Sörener Phosphatbremse wird das kranke Gewässer allein nicht retten können.

Büssow lehnt „wilden Aktionismus“ ab

BORDESHOLM. Empfindlich reagierte man in Bordesholm auf die Kritik aus Sören. „Es ist richtig, dass wir angesichts des schlechten Zustands im See aus dem Knick kommen müssen“, sagte Bürgermeister Ronald Büssow (SPD). Die Sondersitzung des Umweltausschusses am Mittwoch, 23. Oktober, ab 18.30 Uhr im Rathaus sieht er als Startschuss dafür. Wichtig sei aber, dass ein „strukturierter Prozess mit der Bündelung von Ressourcen in

Gang gesetzt wird. Wilder Aktionismus wäre falsch“.

Den Vorwurf der Untätigkeit wies Büssow zurück. Die Beratung der Landwirte im Einzugsbereich des Sees, bei der auch Bordesholm bis zum Abschluss 2018 mit dabei war, sieht er als kleinen Mosaikstein zur Verbesserung. Was Bordesholm als Maßnahmen in die Wege leitet, ist derzeit unklar. Eine eigene Phosphatfällung am Kalbach, dem Hauptzufluss des Sees, auf Bordesholmer

Gebiet könne man laut Büssow nicht installieren. „Dafür ist der Wasserstand zu niedrig.“

Bei einem Sanierungsprogramm sieht Büssow auch das Land als Eigentümer des Gewässers mit im Boot. „Bislang wurde das mit der Verweis auf wenig Geld und dem schlechten Zustand immer abgelehnt“, so der Gemeindechef. In einer der letzten See-Sitzungen hatte Norbert Baschke (CDU) appelliert, „doch mal den Eigentümer an seine Ver-

antwortung zu erinnern“. Bei der Sondersitzung am 23. Oktober wird Gudrun Plambeck, See-Expertin des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Flintbek, auch Details zum neuen See-Gutachten erläutern. In den vergangenen zwei Jahrzehnten konnte die Jahresmenge des Phosphateintrags von 2400 Kilo auf unter 1000 reduziert werden – vor allem durch die Renaturierung des Kalbaches. fs



Pierre Gilgenast (SPD) ist seit Anfang 2013 Bürgermeister in Rendsburg. FOTO: HJJ

Rendsburger SPD zweifelt nicht an Gilgenast

Bürgermeister reagiert gelassen auf Tansania-Gegenkandidatin Janet Sönnichsen – Direktwahl in einem Jahr

VON HANS-JÜRGEN JENSEN

RENDSBURG. Die SPD will ihren Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Rendsburg Anfang November in einer Mitgliederversammlung aufstellen. Es wird voraussichtlich auf Amtsinhaber Pierre Gilgenast (SPD) hinauslaufen. Er werde sich um die Unterstützung seiner Partei bemühen, kündigte er am Montag an. Der Sozialdemokrat ist seit Anfang 2013 Bürgermeister. Seine Gegenkandidatin ist Janet Sönnichsen, die Ge-

schäftsführerin der Kiel-Region. Die Spitzen des Tansania-Bündnisses aus CDU, FDP, Grünen und SSW nominierten sie am Wochenende.

Er persönlich sei mit der Arbeit von Pierre Gilgenast „unheimlich zufrieden“, erklärte der Rendsburger SPD-Vorsitzende Matthias Bruhn am Montag. Es gebe aus seiner Sicht keinen Grund, einen anderen Kandidaten ins Rennen zu schicken. Gilgenast „ist vor Ort, spricht mit den Menschen, hört den Menschen zu und nimmt Ideen

auf“. Bei der SPD gebe es derzeit keinen anderen Kandidaten. „Es gibt keine Bewerber. Es gibt keine Anfragen.“ Ähnlich sieht es der SPD-Fraktionsvorsitzende René Sartorius. „Ich denke schon, dass der jetzige Bürgermeister der Kandidat sein wird.“ Gilgenast sei in der Partei „nicht umstritten“.

Dass das nach der Kommunalwahl 2018 gebildete Tansania-Bündnis aus CDU, FDP, Grünen und SSW einen eigenen Kandidaten stellen würde, sei keine Überraschung, sagte der

54 Jahre alte Gilgenast. „Damit war von vornherein zu rechnen.“ Er werde sich mit Janet Sönnichsen „ernsthaft auseinandersetzen“. Dass er eine Gegenkandidatin hat, mache ihn nicht nervös. „Das sehe ich ganz sportlich. Ich bin guter Dinge. Ich kann nur für meine Arbeit werben.“ Er werde vor der Bürgermeisterwahl das Gespräch mit allen Fraktionen suchen, damit schließe er das Tansania-Bündnis ein. „Ich habe meine Arbeit immer als parteiübergreifend gesehen.“

Die 46 Jahre alte Janet Sönnichsen ist parteilos und war vor ihrem Amt als Geschäftsführerin der kreiseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Mitglieder der vier Tansania-Parteien müssen sie noch formell aufstellen. Die Amtszeit von Pierre Gilgenast endet am 31. Dezember 2020. Die Rendsburger können ihren Bürgermeister beziehungsweise ihre Bürgermeisterin in einer Direktwahl bestimmen. Der Termin ist voraussichtlich in einem Jahr.